

Das 3. Fakultativprotokoll zur Kinderrechtskonvention (KRK): Ein Beschwerdeverfahren für Kinderrechte

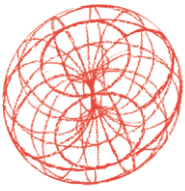
Um was geht es beim 3. Fakultativprotokoll zur KRK?

Bei allen Menschenrechtsverträgen der UNO prüfen dafür eingesetzte Ausschüsse periodisch Staatenberichte über Fortschritte und Hindernisse bei der Umsetzung der Vereinbarungen. Ergänzend dazu können Einzelpersonen unter bestimmten Voraussetzungen direkt an diese Ausschüsse gelangen, um eine Missachtung ihrer Konventionsrechte geltend zu machen. Dieses Instrument der Individualbeschwerde fehlt für die KRK. Das 3. Fakultativprotokoll soll diese Lücke schliessen durch drei Kontrollverfahren:

- Ein **individuelles Mitteilungsverfahren** (Art. 5) erlaubt es Kindern und ihren Vertreterinnen und Vertretern, sich mit einer schriftlichen Mitteilung an den UN-Kinderrechtsausschuss zu wenden, wenn sie ihre Rechte gemäss UN-KRK oder den beiden ersten Fakultativprotokollen (Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, Verkauf von Kindern, Kinderprostitution und Kinderpornografie) verletzt sehen. Bedingung ist unter anderem, dass bereits alle nationalen administrativen und gerichtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden und die mitteilende Person nachweisen kann, dass er oder sie unmittelbar betroffen ist. Ergebnis des individuellen Mitteilungsverfahrens ist kein rechtlich verbindliches Urteil im eigentlichen Sinne, sondern eine „Auffassung“, die durch Empfehlungen ergänzt werden kann.
- Das **zwischenstaatliche Mitteilungsverfahren** sieht vor, dass ein Vertragsstaat des Fakultativprotokolls dem Ausschuss die Nichteinhaltung der UN-KRK oder der Fakultativprotokolle durch einen anderen Vertragsstaat mitteilen kann, sofern beide dieser Möglichkeit zugestimmt haben (Art. 12 Abs. 1).
- Drittens erhält der Ausschuss die Kompetenz, Fälle schwerwiegender oder systematischer Verletzungen der UN-KRK oder der Fakultativprotokolle **von sich aus zu untersuchen**, sofern der betroffene Vertragsstaat dies nicht ausgeschlossen hat (Art. 13 Abs. 7).
- Mit der Ratifizierung verpflichten sich Vertragsstaaten zudem, das Protokoll und die Empfehlungen des Ausschusses Erwachsenen wie auch Kindern bekannt und zugänglich zu machen.

Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz unterstützt die Ratifizierung des 3. Fakultativprotokolls, damit

- auch Kinder und ihre Vertreterinnen und Vertreter aus der Schweiz Verletzungen ihrer Rechte selbstständig und direkt dem UN-Kinderrechtsausschuss vorlegen und somit ihre garantierten Rechte und Schutzbestimmungen wirksam einfordern können,
- das periodisch alle 5 Jahre, faktisch aber seltener stattfindende Staatenberichtsverfahren um einen unabhängigen Kontrollmechanismus ergänzt wird,
- die gesamte Bandbreite der in der UN-KRK garantierten Kinderrechte, einschliesslich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, durch das Mitteilungsverfahren geltend gemacht werden können,
- die Bedeutung der UN-KRK in der Praxis gestärkt wird,



- die Schweiz ein Signal sendet, dass sie sich zur vollständigen und systematischen Umsetzung der UN-KRK bekennt und eine direkte Einforderung der Rechte nicht scheut und
- die Rechte und der Schutz von Kindern auf internationaler Ebene gestärkt werden.

Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz begrüsst und unterstützt insbesondere auch die Empfehlung des Bundesrats, der Möglichkeit des zwischenstaatlichen Mitteilungsverfahrens und einer proaktiven Untersuchungskompetenz in Fällen schwerwiegender und systematischer Kinderrechtsverletzungen zuzustimmen. Gerade wenn ein Vertragsstaat die UN-KRK systematisch oder in einem solchen Ausmass missachtet, dass das Leben und die Sicherheit von Kindern bedroht ist, ist es unwahrscheinlich, dass sie oder ihre Vertreterinnen und Vertreter sich selbst an den UN-Kinderrechtsausschuss wenden können.

Unterzeichnung und Ratifizierungen auf internationaler Ebene

Das 3. Fakultativprotokoll trat am 14. April 2014 in Kraft und wurde bisher durch Albanien, Andorra, Argentinien, Belgien, Bolivien, Chile, Costa Rica, die Tschechische Republik, Dänemark, El Salvador, Finnland, Frankreich, Gabun, Georgien, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, Monaco, die Mongolei, Montenegro, Peru, Portugal, Samoa, die Slowakei, Spanien, Thailand, die Ukraine und Uruguay ratifiziert.

Bisheriger Verlauf in der Schweiz

- Die Schweiz hat die Vorbereitungsarbeiten und die Verabschiedung des Protokolls unterstützt, laut Bundesrat wäre die Unterzeichnung „aus aussenpolitischen Gründen (...)“ wünschenswert. Mit der Einführung der im Kinderrechteübereinkommen bislang fehlenden Monitoringmechanismen stärkt das Fakultativprotokoll die Rechte von Kindern. Der Bundesrat teilt die Ansicht, dass eine Ratifikation (...) ein wichtiges politisches Signal senden würde, dass unser Land die Anliegen der Kinder auf allen Ebenen ernsthaft würdigt. Eine Unterzeichnung des Fakultativprotokolls entspräche der bisherigen Schweizer Menschenrechtsausserpolitik.“
- Die Motion Amherd 12.3623 „Ratifizierung des dritten Fakultativprotokolls zur Uno-Kinderrechtskonvention“ wurde sowohl vom Nationalrat (19. September 2013) als auch vom Ständerat (17. März 2014) angenommen.
- Im Vernehmlassungsverfahren haben von 52 Vernehmlassungsteilnehmenden 40 den Beitritt zum Fakultativprotokoll begrüsst, 5 sprechen sich gegen einen Beitritt aus und 7 verzichten explizit auf eine Stellungnahme: <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/42223.pdf>.
- Der Ständerat hat das Geschäft am 29. September 2016 beraten und mit 37 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen. Die Debatte bestätigte die Auffassung des Bundesrates, dass das Fakultativprotokoll ausschliesslich prozeduraler Natur ist und keine materiellen Rechtsbestimmungen enthält. Bundesrat Didier Burkhalter hielt weiter fest: „die Auffassungen des Ausschusses sind juristisch nicht bindend, können aber Empfehlungen miteinschliessen. Es liegt in der Kompetenz der nationalen Behörden, zu entscheiden, inwieweit und in welcher Art ihnen Rechnung zu tragen ist. Zudem garantiert das Protokoll den Vertragsstaaten einen Ermessensspielraum bei der Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (...)“.